



LUBW

Landesanstalt für Umwelt
Baden-Württemberg



Auszüge aus dem

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2018

gemäß § 10 Absatz 1 der LUBW-Satzung



Baden-Württemberg

1	GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN	3
1.1	Gesetzliche Grundlagen	3
1.2	Unternehmensstruktur	3
1.3	Wirtschaftliches Umfeld	3
1.4	Arbeitsschwerpunkte	4
1.5	Personal	8
2	ERTRAGSLAGE	8
3	FINANZLAGE	9
4	VERMÖGENSLAGE	10
5	BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN	11
6	PROGNOSEBERICHT	13

1 GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Durch das „Gesetz zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg“ wurden die beiden Einrichtungen zum 1. Januar 2006 zur LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg fusioniert. Durch das „Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und weiterer Vorschriften“ vom 21. November 2017 wurde das „Gesetz zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg“ mit Wirkung vom 1. Dezember 2017 geändert. Dabei wurde die „Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg“ in „Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg“ umbenannt. Die bisherige Kurzbezeichnung LUBW wird beibehalten.

Die Aufgaben der LUBW sind in § 2 des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBWG) geregelt und werden in § 1 der Satzung aufgefächert. Die LUBW unterstützt die Landesregierung in Fragen des Umwelt- und des Klimaschutzes, des Natur- und des Strahlenschutzes, der Nachhaltigkeit, des technischen Arbeitsschutzes sowie der Anlagen- und der Produktsicherheit. Zu den Aufgaben der LUBW gehören neben der Vollzugsunterstützung auch gutachterliche und konzeptionelle Tätigkeiten.

1.2 Unternehmensstruktur

Seit 2010 ist die LUBW in die sechs Abteilungen Zentrale Dienste, Nachhaltigkeit und Naturschutz, Technischer Umweltschutz, Wasser, Informationstechnisches Zentrum Umwelt sowie Messtechnik und Analytik mit insgesamt 26 Referaten gegliedert.

Die notwendigen Regelungen der Geschäftsordnung sind im LUBW-Handbuch dargelegt. Es schafft klare Strukturen und gibt für die vorhandenen Managementsysteme – Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, Leitlinien für Informationssicherheit in der LUBW sowie Risikomanagement – einen einheitlichen Rahmen vor. Das Handbuch ist über das Intranet der LUBW für alle Beschäftigten jederzeit aktuell verfügbar.

1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Aufgrund der weltweit positiven wirtschaftlichen Entwicklung erreicht die Weltwirtschaft 2018 voraussichtlich wie bereits 2017 einen realen Zuwachs von 3,7 %. Auch die Wirtschaft der Europäischen Wirtschaftsunion partizipierte an dem allgemein guten weltwirtschaftlichen Umfeld und kann ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von rund 2,1 % verzeichnen. Diese Entwicklung wurde durch die niedrige Inflationsrate von unter 2 % und die weiter anhaltende expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die auch 2018 den Leitzins im Euroraum weiterhin auf dem Rekordtief von 0 % beließ, begünstigt.

Die deutsche Wirtschaft kann auch im Jahre 2018 ein Wachstum verzeichnen, dieses hat jedoch an Dynamik verloren und liegt im europäischen Vergleich unter dem Durchschnitt. Das Bruttoinlandsprodukt ist nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts preisbereinigt um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr (2,2 %) angestiegen. Hauptmotor der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung war auch 2018 die Inlandsnachfrage. Insbesondere sind die Investitionen in Ausrüstungen (4,5 %) und im Bau (3,0 %); vor allem im öffentlichen Tiefbau, gegenüber 2017 gestiegen. Deutlich geringer als in den letzten drei Vorjahren fielen die Zuwächse im Bereich der Konsumausgaben aus. Insgesamt ist die Bruttowertschöpfung zwar in nahezu allen Wirtschaftsbereichen gestiegen, wobei die konjunkturelle Dynamik im Dienstleistungsbereich gegenüber dem produzierenden Gewerbe, das gut ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, erstmals seit fünf Jahren höher ausfiel. Der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Export und Import, ist damit das zweite Jahr in Folge rückläufig.

Im Jahr 2018 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 1,3 %; ein neuer Höchststand wurde damit erreicht. Altersbedingte demografische Effekte wurden durch eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland ausgeglichen. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt für Deutschland im Jahresdurchschnitt 2018 knapp 1,5 Millionen und befindet sich damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. 2018 beträgt die Erwerbslosenquote 3,2 % (Vorjahr 3,5 %).

Der staatliche Haushalt konnte eine Überschussquote von 1,7 % verzeichnen und damit einen Rekordüberschuss in Höhe von 59,2 Milliarden Euro realisieren. Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) erhöhten sich für das Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 insgesamt um 5,8 %. Die dem Land Baden-Württemberg nach der Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden zustehenden kassenmäßigen Steuereinnahmen stiegen um 4,5 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Steuereinnahmen hatten keinen direkten Einfluss auf das Basiskapital der LUBW. Die Einlagen des Landes in das Basiskapital betrugen TEUR 20.053,1. Als zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes erhielt die LUBW TEUR 19.487,0. Zusammen mit Erträgen von TEUR 4.882,2 und Naturalzuschüssen von TEUR 27.391,7 standen der LUBW insgesamt Deckungsmittel von TEUR 71.814,1 zur Verfügung. Die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms konnten im geplanten Umfang umgesetzt werden. Dabei wurden die zusätzlichen politischen Schwerpunkte der Landesregierung weitgehend berücksichtigt.

1.4 Arbeitsschwerpunkte

Im Jahresarbeitsprogramm sind die zu erledigenden Fachaufgaben im Wesentlichen dokumentiert. In den Quartalsberichten wird über den Erfüllungsgrad regelmäßig informiert. Insgesamt ist eine fortschreitende Digitalisierung der Umwelt- und Naturschutzverwaltung zu verzeichnen. Das betrifft die Verarbeitung von Messdaten genauso wie IT-gestützte Verfahren zum Verwaltungsvollzug oder die schnelle elektronische Kommunikation vieler Verfahrensbeteiligter Akteure. Einige thematische Schwerpunkte sind nachfolgend aufgeführt.

Eine besondere Stärke der LUBW: Monitoring und Messnetze als solide Datengrundlage für konkrete Maßnahmen.

Im Jahr 2018 wurde der Bereich Naturschutz gestärkt. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (UM) hat die LUBW beauftragt, ein Monitoringsystem im Rahmen des „Sonderprogramms zur Stärkung der Biologischen Vielfalt“ aufzubauen. Für das Insekten-, das Brutvogel- und das landesweites Fledermausmonitoring sowie die landesweite Artenkartierung wurden TEUR 2.500 zur Verfügung gestellt. 2018 begann nach Abschluss der Vergabeverfahren das Monitoring häufiger Brutvögel, von Greifvögeln und Insekten. Das Monitoring liefert voraussichtlich auch wertvolle Daten zum Klimawandel. In der von der LUBW konzipierten Form nimmt das Insektenmonitoring in Baden-Württemberg derzeit eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Der Bericht „Umweltdaten 2018“ mit insgesamt 19 Umweltindikatoren wurde im Dezember veröffentlicht. Anhand aktueller Daten informiert die LUBW seit 39 Jahren im regelmäßigen Turnus mit diesem Bericht umfassend und detailliert über den Zustand der Umwelt in Baden-Württemberg. Gemäß Klimaschutzgesetz des Landes Baden-Württemberg ist die Zielerreichung durch ein Monitoring zu überprüfen und dazu Bericht zu erstatten. Die LUBW ist für den „Zustandsbericht Klimawandel“ und den Indikatoranteil des Monitoringberichts zuständig. Hierzu zählt unter anderem die Prüfung der Eignung, Ausgestaltung und Umsetzung der Indikatoren. Im Jahr 2018 wurde die Indikatoren-Liste für den nächsten Monitoringbericht erarbeitet. Die Entwicklung der Luftqualität in Baden-Württemberg stand auch 2018 stark im Fokus. Die LUBW hat an insgesamt 69 Messstellen Messungen von Stickstoffdioxid durchgeführt. Die Feinstaubbelastung durch Partikel PM10 wurde an 44 Messstellen und die Immissionsbelastung durch Ozon an 27 Messstellen überwacht. Im ganzen Bereich der Überwachungsmessnetze für die Luftqualität führte die öffentliche Aufmerksamkeit zu deutlich erhöhten Informationsanfragen. Die LUBW untersucht in einem zeitlich befristeten Projekt die Belastung durch Quecksilber (Immission und Deposition) im Umfeld von Quecksilberemittenten. Die Messungen bei Kohlekraft-, Zement- und Stahlwerken wurden am 1. Januar 2018 begonnen und sollen bis zum 31. Dezember 2020 fortgesetzt werden. Die im Kalenderjahr 2018 ermittelten Daten der Gewässermessnetze (Temperatur, Pegelstände, Grundwasser) bestätigen ein Ausnahmejahr. Trockenheit und Hitze im Sommer machten eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit nötig; die fortlaufende Modellierung der Wassertemperaturen war besonders für die Betreiber thermischer Kraftwerke erforderlich.

Grenzüberschreitende Projekte, denn Einwirkungen auf Umweltmedien machen an politischen Grenzen nicht Halt.

Mit dem 2018 abgeschlossenen Verbundprojekt „Satellitendaten für das behördliche Gewässermonitoring von Chlorophyll und Trübung“ (WasMon-CT) haben die LUBW/Institut für Seenforschung (ISF) und die Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) gemeinsam die Implementierung eines auf dem COPERNICUS-Programm der EU basierenden, satellitengestützten Monitorings für Seen und Fließgewässer vorbereitet. Das Verbundprojekt hatte eine Laufzeit von zwei Jahren und wurde vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert. Es wurden Validationsstudien für 16 kleine Seen und den Bodensee durchgeführt. Erste begleitende Untersuchungen zu weiteren satellitenbasierten Parametern, wie Trübung und insbesondere Blaualgenindikatoren zeigen die Leistungsfähigkeit auch hierfür auf. Ein zweites den Gewässerbereich betreffendes Projekt mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist das Interreg V-Projekt „Entwicklung der Ressource und Monitoring des Eintrags von Spurenstoffen in das Grundwasser des Oberrheingra-

bens „ERMES“, für das im November 2018 die Abschlussveranstaltung in Straßburg stattfand. Das Hauptziel des Projektes war die Verbesserung der Kenntnisse über die Grundwasserbelastung im Oberrheingraben. Dazu führten die Partner aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz erstmalig eine detaillierte Betrachtung der Spurenstoffe im Grundwasser des Oberrheingrabens durch. Untersucht wurden Grundwasserproben von 1.500 Messstellen zwischen Basel und Mainz/Wiesbaden auf 172 Parameter. Seit etwa 25 Jahren gibt es eine erfolgreiche grenzüberschreitende deutsch-französisch-schweizerische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftreinhaltung für die Oberrheinregion. Das Arbeitsprogramm des zum 01.01.2018 begonnenen Interreg V-Projekts „ATMO-VISION – Strategien für eine bessere Luft am Oberrhein“ greift aktuelle Fragestellungen im Bereich Luftreinhaltung auf und ist eine Ergänzung zu den bereits in der LUBW durchgeführten Arbeiten. Neue Instrumente für Verwaltungen und Institutionen bis hin zu Schulen werden bereitgestellt, um die Luftqualität zu verbessern, den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch zu erhöhen und die Emission von Klimagasen weiter zu verringern.

IT-gestützte Angebote zur Unterstützung des Verwaltungsvollzugs

Der Energieatlas Baden-Württemberg ist ein Informationsportal zu Stand und Umsetzung der Energiewende im Land. Er wurde von der LUBW im Auftrag des UM entwickelt und stellt zahlreiche Daten, Karten und Hintergrundinformationen zum Thema Erneuerbare Energien zur Verfügung. Im Juli 2018 wurden als neues Thema die Netzausbauvorhaben in Baden-Württemberg freigeschaltet. In den Karten können Trassenverläufe für Stromleitungen grob eingesehen und Informationen zu den Maßnahmen abgerufen werden. Als weitere Neuerung können seit Oktober 2018 ortsbezogene Informationen zu Wärmenetzen abgerufen werden. Des Weiteren wurden die im Energieatlas aufgeführten Freiflächenpotenziale für Photovoltaikanlagen aktualisiert. Das Flutinformations- und Warnsystem FLIWAS 3 wird speziell für die Information und Kommunikation von Entscheidungsträgern in der Hochwassergefahrenabwehr und des technischen Hochwasserschutzes entwickelt. Seit dem 9. November 2018 ist die Version der zweiten Realisierungsstufe in Betrieb. Ziel dieses Maßnahmenplanmoduls ist es, ein übersichtliches und einfach bedienbares Werkzeug zur Verfügung zu stellen, welches die Koordination der Aufgaben zur Bewältigung eines Hochwasser- oder Starkregenereignisses unterstützt und die Nutzer über eine Benachrichtigungsfunktion automatisiert informiert. Im November 2018 wurde eine fortgeschriebene Version des Umweltinformationssystems mit 20 Umweltfachanwendungen aus den Bereichen Wasser, Immissionsschutz, Boden, Abfall, Strahlenschutz (WIBAS) und dem Naturschutzinformationssystem (NAIS) an die Regierungspräsidien und die unteren Verwaltungsbehörden ausgeliefert. WIBAS unterstützt den Aufgabenvollzug und die Berichterstattung bei den Dienststellen. Zeitgleich wurden die auf das neue europaweit einheitliche Bezugssystem „Europäisch Terrestrisches Referenzsystem 1989/Universale Transversale Mercatorprojektion“ (ETRS89/UTM) umgestellten Geobasis- und Geofachdaten mit ausgeliefert. Gemeinsam mit dem Netzwerk REACH@Baden-Württemberg hat die LUBW ein neuartiges Informationsangebot entwickelt: Eine Internetseite mit Arbeitshilfen, Checklisten und ausführlichen Hintergrundinformationen zu „besonders besorgniserregenden Stoffen in Erzeugnissen“ (SVHC). Damit sollen insbesondere kleine und mittlere Betriebe unterstützt werden, um die schwierigen Anforderungen der REACH-Verordnung zu erfüllen, was letztlich dem Umwelt- und Verbraucherschutz dient.

Weitere Vorhaben zur Unterstützung des Verwaltungsvollzugs

Das Thema per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) hat die LUBW auch 2018 abteilungsübergreifend stark gefordert. Sie ist in unterschiedlichen Arbeitsgruppen unter anderem mit UM und Regierungspräsidium Karlsruhe beteiligt. Für die Fortschreibung des PFC-Entsorgungserlasses des UM wurden die Daten der PFC-Untersuchungskampagne der Jahre 2015/16 von mit Kompost beaufschlagten Ackerböden bewertet und Vorschläge praxistauglicher Grenzwerte für die Verwertung erarbeitet. Außerdem war die Ermittlung von Hintergrundgehalten von PFC in Böden ein bereichsübergreifender Schwerpunkt. Hierzu konnten auf der Grundlage der Boden-Daten aus den Projekten der LUBW praxisnahe Vorschläge eingebracht und bestehender Forschungsbedarf aufgezeigt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der bereichsübergreifenden Arbeit war die Begutachtung von 20 eingegangenen Projektskizzen zur PFC-Forschungsausschreibung des UM, die Befassung mit weiteren externen wissenschaftlichen Gutachten und die Entwicklung einer gemeinsamen Projektpriorisierung. Im September 2018 wurde die Grundwassermodellierung zu PFC im Raum Rastatt und Baden-Baden auf den Internetseiten der LUBW freigeschaltet. Das Online-Tool zeigt die PFC-Verteilungen einzelner Schadstoffe sowie die Belastungen insgesamt im betrachteten Grundwasserleiter. Zusätzlich werden die untersuchten Flächen, unterschieden nach „unbelastet“ und „mögliche Eintragsflächen“, dargestellt. Mit dem Schwerpunktprogramm „Arbeitsschutz in Kindertagesstätten – Messung der Raumakustik“ der Gewerbeaufsicht unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg werden in den Stadt- und Landkreisen bis zu 100 Kindertagesstätten hinsichtlich Ergonomie, psychische Belastung, Fluchtwege, arbeitsmedizinische Vorsorge und Raumakustik überprüft. Die Erhebungen nehmen die wichtigsten Belastungen für Erzieherinnen und Erzieher in den Blick.

Strategische Weiterentwicklung der LUBW mit einer zukunftsfesten IT

Die Arbeit zum Aufbau des Kompetenzzentrums Umweltinformatik wurde 2018 fortgesetzt und ein Grobkonzept erarbeitet. Es wurde eine Risikoanalyse für die geplante Rechnerinfrastruktur erstellt, die in Planung und Bauausführung des LUBW-Neubaus am Standort Großoberfeld einfließen soll.

Vorbereitung von Rechtssetzungsvorhaben

Die Evaluation der Ökokonto-Verordnung konnte 2018 nach ausführlicher Beteiligung der betroffenen Verbände und Behörden und mehreren Sitzungen des Projektbeirats unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. Andre Baumann abgeschlossen werden. Zum Jahresende 2018 wurden die Ergebnisse in einem Abschlussbericht zusammengestellt und bewertet. Die dargestellten Evaluationsergebnisse fließen nun in den Prozess zur Novellierung der Ökokonto-Verordnung ein.

1.5 Personal

Die LUBW hatte am 31.12.2018 insgesamt 511 (511) aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2018 hatten insgesamt acht Studierende der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bei der LUBW ihren Ausbildungsplatz. Zwei Chemielaborantinnen und zwei Bürokauffrauen befanden sich in der Ausbildung.

[...]

Für die Anstaltsangestellten, die vor dem 01.01.2009 eingestellt worden sind, gelten die Regelungen des TÜV-Tarifvertrages. Neueinstellungen im Anstaltsteil erfolgen seit dem 01.01.2009 über den am 23.03.2008 abgeschlossenen Haustarifvertrag. Danach finden die gleichen tariflichen Regelungen Anwendung, die auch für Landesbeschäftigte gültig sind. Für das Landespersonal (Landesbeamtinnen und Beamte und Beschäftigte des Landes) sind die beamtenrechtlichen Bestimmungen bzw. der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) maßgebend.

[...]

2 ERTRAGSLAGE

Die Erträge im Geschäftsjahr 2018 liegen mit TEUR 4.882,2 (TEUR 5.254,5) um TEUR 372,3 unter dem Wert des Vorjahres und TEUR 532,2 über dem Planwert. [...]

Im Betrieb gewerblicher Art wurden TEUR 2.109,7 (TEUR 1.781,1) Umsatzerlöse erzielt; das sind TEUR 409,7 mehr als geplant. Im Betrieb des Anlagenkatasters wurden TEUR 1.252,8 Erlöse erzielt. Den Umsatzerlösen standen direkte Kosten von TEUR 272,7 (TEUR 270,7), Personalaufwand von TEUR 619,3 (TEUR 601,6), Kosten der internen Leistungsverrechnung von TEUR 480,8 (TEUR 467,2) und indirekte Kosten von TEUR 207,5 (TEUR 198,5) gegenüber. Es wird ein Gewinn in Höhe von TEUR 523,7 vor Steuern ausgewiesen.

Aus hoheitlichen Beistandsleistungen konnten TEUR 66,5 (TEUR 49,6) Erträge erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf TEUR 1.515,0 (TEUR 1.803,5). Davon betragen die zweckgebundenen Zuwendungen Dritter für laufende Projekte TEUR 1.226,2 (TEUR 1.510,5).

[...]

Die Personalkosten betragen insgesamt TEUR 33.236,8 (TEUR 33.043,7); sie liegen TEUR 1.938,8 unter dem Planwert. Die Aufwendungen für die Landesbeschäftigten betragen TEUR 24.006,6 (TEUR 23.875,3) und liegen TEUR 1.679,0 unter dem Planwert. [...]

Die Personalaufwendungen für das Anstaltspersonal betragen TEUR 9.230,2 (TEUR 9.168,4). [...] Krankheitsbedingte Ausfallzeiten, Veränderungen bei den in Teilzeit Beschäftigten und zeitlich verzögerte Nachbesetzungen führten zu einer Unterschreitung des Planwerts um insgesamt TEUR 259,8.

Der Aufwand für bezogene Leistungen beträgt TEUR 28.229,1, er liegt TEUR 307,2 unter dem Vorjahreswert und TEUR 729,1 über dem Plan. Mit den sonstigen Einlagen des Landes werden der LUBW zweckgebundene Mittel für festgelegte Aufgaben zugewiesen. TEUR 21.700 (TEUR 21.000) der bezogenen Leistungen betreffen Verträge zur Erfüllung dieser Aufgaben und sind durch zugesagte sonstige Einlagen des Landes gedeckt. In den Quartalsberichten wurden nach § 6 Abs. 4 der Satzung der LUBW die Planabweichungen aufgezeigt und erläutert. Im ersten Quartal 2019 wurden mit TEUR 750 mehr Leistungen, die aus sonstigen Einlagen des Landes gedeckt werden, als prognostiziert abgerechnet und in das Geschäftsjahr 2018 gebucht.

[...]

Unter Berücksichtigung der Steuern von Einkommen und Ertrag beträgt das Ergebnis nach Steuern TEUR -68.418,1 (TEUR -67.853,3). Nach Berücksichtigung der sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR -68.425,4 (TEUR -67.860,0).

Dem Jahresfehlbetrag stehen die Einlagen des Landes in das Basiskapital, die sonstigen Einlagen des Landes, der Naturalzuschuss für die Überlassung der Landesbeschäftigten und der Naturalzuschuss für die Überlassung der Liegenschaften gegenüber.

3 FINANZLAGE

Zum 31.12.2018 beträgt das Eigenkapital TEUR 16.682,6 (TEUR 18.176,1). Die Einlagen des Landes liegen mit TEUR 66.931,8 (TEUR 56.436,9) unter dem Jahresfehlbetrag von TEUR -68.425,4 (TEUR -67.860,0). Das Eigenkapital reduziert sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um TEUR 1.493,6; wesentlich beeinflusst durch die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 1.328,7 und dem Abbau der zur Verfügung stehenden liquiden Mittel um TEUR 714,6.

Die Einlagen des Landes stellen keine unzulässigen Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) dar.

Im Finanzplan 2018 waren für die LUBW Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 20.130,8 (TEUR 19.099,3) geplant. Darin enthalten sind TEUR 1.300,0 die im Staatshaushaltsplan 2018 im Kapitel 1005 „Wasser und Boden“ ausgewiesen wurden. Berücksichtigt wurde ein Konsolidierungsbeitrag von TEUR 512 und die Sachmittelpauschale für Neustellen zur Stärkung der Naturschutz- und Umweltverwaltung in Höhe von TEUR 96. Im Staatshaushaltsplan 2018 waren im Kapitel 1010 TEUR 1.255

für die IT-Neuordnung enthalten, die mit einem Sperrvermerk des Ministeriums für Finanzen versehen waren. [...]

[...] Nach den Ausgleichszahlungen für fremdfinanziertes Personal in Höhe TEUR 202,3 standen der LUBW 2018 TEUR 20.053,1 zur Verfügung.

Die sonstigen Einlagen des Landes werden für konkrete Projekte zweckgebunden zugewiesen. Für 2018 war geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes von TEUR 18.000,0 zur Verfügung gestellt und aus den Überträgen der Vorjahre TEUR 2.000 abgebaut werden. Zuweisungsschreiben liegen in Höhe von insgesamt TEUR 27.957,9 vor, angefordert und überwiesen wurden TEUR 19.487,0 (TEUR 11.954,2). Die Überträge aus den Vorjahren in Höhe von TEUR 2.062,9 wurden abgebaut. Für Projekte, deren Finanzierung durch Zuweisungen aus sonstigen Einlagen des Landes gedeckt sind, wurden insgesamt TEUR 22.370,1 (TEUR 21.732,4) umgesetzt. Die 2018 nicht eingesetzten zugesagten sonstigen Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 7.650,7 (TEUR 8.475,7) wurden in das Budget 2019 übertragen.

[...]

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 3.871,8 (TEUR 3.691,4). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen TEUR 130,7 (TEUR 143,8).

4 VERMÖGENSLAGE

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2018 Zugänge zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 4.580,6 (TEUR 3.845,5) aktiviert. Die Abschreibungen betragen TEUR 3.900,0 (TEUR 3.692,4). Das Anlagevermögen erhöht sich von TEUR 14.671,9 am 31.12.2017 auf TEUR 15.340,2 am 31.12.2018. Auf den Betrieb gewerblicher Art entfallen TEUR 2,7 Investitionen (TEUR 13,7).

[...]

Die Liquidität der Anstalt war im Geschäftsjahr 2018 stets ausreichend. Der Zahlungsverkehr der LUBW wird über die Landesoberkasse Baden-Württemberg (LOK) abgewickelt. Die freien Mittel stehen der LUBW im Cash Pool des Landes zur Verfügung. Die liquiden Mittel wurden um TEUR 714,6 reduziert und betragen zum 31.12.2018 TEUR 8.937,3 (TEUR 9.651,9). Den liquiden Mitteln der LUBW stehen Verpflichtungen gegenüber, die vor allem noch offene Bestellobligos, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die verfügbaren Mittel für die Nachkonditionierung radioaktiver Altabfälle betreffen.

5 BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN

Das 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) fordert für alle Kapitalgesellschaften die Einführung eines Risikomanagementsystems. Die LUBW muss nach § 9 Abs. 2 des LUBWG ihren Jahresabschluss entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellen. Nach § 6 Abs. 5 der LUBW-Satzung ist die LUBW verpflichtet, ein Risikomanagementsystem einzurichten. Im Rahmen des Risikomanagementsystems werden auftretende Risiken nach Risikobereichen gegliedert und entsprechend einer individuell vorgenommenen Risikoeinschätzung bewertet. Das Risikohandbuch und der Bericht Risikomanagement 2018 sind im Intranet der LUBW für alle Beschäftigten zugänglich.

Mit der Satzungsänderung vom 19.07.2013 wurde der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in der LUBW verbindlich eingeführt. Im Corporate Governance Bericht erklären die Präsidentin und der Verwaltungsrat der LUBW insbesondere, dass sämtlichen Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg entsprochen wurde und diesen Empfehlungen auch künftig entsprochen wird.

[...]

Die Aufgaben der LUBW sind im LUBWG geregelt. Für die Erfüllung dieser Aufgaben entstanden der LUBW 2018 Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 73.307,6 (TEUR 73.114,5). Dabei wurden von den bezogenen Leistungen in Höhe von insgesamt TEUR 28.229,1 TEUR 21.700,0 aus sonstigen Einlagen des Landes finanziert, dies entspricht einem Anteil von 76,9 %. Mit den sonstigen Einlagen des Landes werden der LUBW zweckgebundene Mittel für festgelegte Aufgaben zugewiesen. Es ist darauf zu achten, dass trotz dieser Finanzierungsstruktur der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der LUBW nicht eingeschränkt wird.

Die Landesregierung ist verpflichtet, bis 2020 die Neuverschuldung auf null zu reduzieren. Bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2018/2019 wurden vom Finanzministerium Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Daraus ergeben sich für die LUBW Einsparungen von TEUR 512,0 im Jahr 2018 und zusätzliche Einsparungen von TEUR 412,3 im Jahr 2019. Die mittelfristige Wirtschaftsplanung geht dennoch davon aus, dass die Einlagen des Landes in das Basiskapital dauerhaft auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2019 in Höhe von TEUR 19.845,5 liegen. Mit diesen Einlagen wird allerdings auch ein geplanter Mehrbedarf für die IT-Neuordnung, den BK-Standardarbeitsplatz 2020 und die Migration BITBW finanziert, der für 2018 mit TEUR 176,7, 2019 mit TEUR 450,7 und ab 2020 mit TEUR 605,8 veranschlagt ist.

Aktuelle politische Schwerpunktsetzungen beeinflussen die Tätigkeitsfelder der LUBW. In Abstimmung mit den Ministerien werden im Jahresarbeitsprogramm bereichsübergreifende Schwerpunkte gebildet, wie zum Beispiel die Durchführung von Messungen für Feinstaub und Staubinhaltsstoffen an ausgewählten Standorten in ländlichen Räumen und engen Tälern, die Bearbeitung der PFC-Problematik, das Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt und der Energieatlas Baden-Württemberg. Werden der LUBW für neue Schwerpunkte wie bisher entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt, bietet sich die Chance, neue

Aufgaben und Tätigkeitsfelder zu erschließen. Sofern aus haushaltspolitischen Gründen die Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt werden können, muss die LUBW die Ressourcen aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen. Dies schließt das Risiko ein, dass die LUBW ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann.

Vor dem Hintergrund von Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse 2020 wurde in einem umfassenden Strategieprozess die künftige strategische Ausrichtung der LUBW festgelegt. Drei Jahre nach Verabschiedung wurde die Strategie nun im Sinne einer zyklischen Weiterentwicklung überarbeitet und neu ausgerichtet. Berücksichtigt wurden dabei sowohl veränderte Rahmenbedingungen sowie neue Trends, als auch die Erfahrungen, die in der ersten Umsetzungsphase der Strategie gemacht wurden. Damit beginnt die nächste Umsetzungsperiode der nun als LUBW 2020+ bezeichneten Strategie. Es wurden drei strategische Prioritäten identifiziert: Die Gestaltung der Digitalisierung von Organisation sowie Facharbeit der LUBW, die zukunftsfeste Personalentwicklung in der LUBW sowie die Weiterentwicklung von Organisation und Struktur in Richtung einer kundenorientierten Organisation, die mit insgesamt elf Maßnahmen unterlegt sind. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird in Projektteams erarbeitet. Für die Steuerung der Umsetzung ist eine Steuerungsgruppe unter Leitung der Präsidentin eingesetzt. Die zuständigen Ministerien sind im Projektbeirat eingebunden.

Am 01.07.2015 ist das Gesetz zur Errichtung der BITBW, einer zentralen Landesoberbehörde für Informationstechnik, in Kraft getreten. Aufgaben, die gemäß LUBWG bei der LUBW verankert sind, insbesondere Entwicklung, Betrieb, Pflege und Betreuung von IuK-Fachverfahren und zentralen landesweiten Datenbanken im Umweltbereich, sollen in mehreren Stufen an BITBW übertragen werden. Die Errichtung der BITBW hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit und Organisation der LUBW und beinhaltet Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung. Die in der LUBW verbleibenden IT-Kernkompetenzen sollen im neuen Kompetenzzentrum Umweltinformatik (KUI) gebündelt werden. In einem ersten Schritt wurde ein Grobkonzept für das neu ausgerichtete Aufgabenspektrum erarbeitet.

Durch die Neuregelung des § 2b UStG, die zum 01.01.2017 in Kraft getreten ist, wurde die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand vollständig neu gestaltet. Die LUBW hat mit Datum vom 12.12.2016 eine Optionserklärung beim Finanzamt abgegeben. Damit kann die bisherige umsatzsteuerliche Rechtslage bis zum 31.12.2020 unverändert fortgeführt werden. Bis dahin ist zu prüfen, welche steuerlichen Konsequenzen sich aus der Neuregelung des § 2b UStG für die LUBW ergeben. Wesentlich ist dabei die Frage, ob bisher von der LUBW umsatzsteuerfrei erbrachte Leistungen künftig der Umsatzsteuer unterliegen. Aus dem Ergebnis dieser Prüfung kann sich die Notwendigkeit ergeben, unter steuerlichen Aspekten alternative Lösungen für die Leistungsbeziehungen, Finanzierungsformen und Vertragsgrundlagen zu suchen.

Weitere wirtschaftliche und finanzielle Risiken, welche die Entwicklung der LUBW, die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachhaltig beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

6 PROGNOSEBERICHT

Als Zuschuss in das Basiskapital der LUBW werden für 2019 TEUR 19.845,5 geplant. Darin enthalten sind TEUR 1.300,0, die im Staatshaushaltsplan im Kapitel 1005 „Wasser und Boden“ ausgewiesen werden, sowie TEUR 450,7 für die IT-Neuordnung, den BK-Standardarbeitsplatz 2020 und die Migration BITBW. Als Einsparung wurde ein Konsolidierungsbeitrag von TEUR 412,3 berücksichtigt.

[...]


Der Verwaltungsrat hat in der 28. ordentlichen Sitzung am 06.12.2018 dem Wirtschaftsplan 2019 mit Jahresarbeitsprogramm, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsplan, Stellenübersicht und fünfjähriger vorausschauender Wirtschaftsplanung zugestimmt. Der Wirtschaftsplan wurde vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft mit Schreiben vom 12.02.2019 genehmigt.

Für 2019 wurde geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 21.500,0 zugewiesen werden. Wesentliche Fachaufgaben, die durch die sonstigen Einlagen des Landes finanziert werden, sind: Fließgewässermonitoring nach Wasserrahmenrichtlinie, Grundwasserschutz im Rahmen der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), Pegelmessnetz der Fließgewässer, Monitoring gefährdeter Arten- und Lebensraumtypen nach FFH-Richtlinie, Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt sowie der Betrieb des Umweltportals, des UIS-Berichtssystems und der RIPS-Geodateninfrastruktur.

Der Erfolgsplan weist für das Geschäftsjahr 2019 einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 72.887,5 aus, der über die im Finanzplan dargestellten Deckungsmittel ausgeglichen wird. Im Geschäftsjahr 2019 sind Erträge in Höhe von TEUR 4.350,0 geplant, davon TEUR 1.700,0 Umsatz im Betrieb gewerblicher Art. Die Planung der Aufwendungen für „Landespersonal“ sowie für „Gehälter und soziale Aufwendungen“ berücksichtigt die jeweils zu erwartenden Tarifsteigerungen und die Kosten für Stufen- und Zeitaufstiege. Im Staatshaushaltsplan 2018/2019 sind im Kapitel 1010 für 2019 TEUR 1.854,8 für 29,5 Personalstellen zur Stärkung der Umwelt- und Naturschutzverwaltung enthalten, das sind 5,5 Stellen mehr als im Vorjahr. Im Wirtschaftsplan 2019 sind Investitionen in Höhe von TEUR 3.100,0 vorgesehen. Damit sind die geplanten Investitionen geringer als die erwarteten Abschreibungen von TEUR 3.900,0.

Mit den Einlagen des Landes in das Basiskapital, die der LUBW nach derzeitiger Planung im Geschäftsjahr 2019 zur Verfügung stehen, und mit den in Aussicht gestellten sonstigen Einlagen des Landes können aus heutiger Sicht die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms 2019 im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Karlsruhe, den 31. März 2019



Eva Bell
Präsidentin